

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Zeitzelle oder deren Raum 30  $\mathcal{A}$ ,  
für Versammlungsanzeigen 10  $\mathcal{A}$  pro Zeile.

## Schlichtung von Differenzen im Rahmen des Hilfsdienstgesetzes.

In allen für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betrieben selbständiger Gewerbetreibender, in denen in der Regel mindestens fünfzig Arbeiter beschäftigt werden, müssen ständige Arbeiterausschüsse bestehen. Die Mitglieder dieser Arbeiterausschüsse werden von den volljährigen Arbeitern des Betriebes oder der Betriebsabteilung aus ihrer Mitte in unmitttelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Dem Arbeiterausschuß liegt es ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebes und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern. Er hat Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebs-einrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebes und seiner Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen und sich darüber zu äußern. Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Arbeiterausschusses muß eine Sitzung anberaumt und der beantragte Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden. Diese Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes gelten auch für Zimmerer, die an Kriegsbauten beschäftigt sind, die von selbständigen Gewerbetreibenden ausgeführt werden.

Kommt in einem solchen Betriebe bei Streitigkeiten über die Lohn- oder sonstigen Arbeitsbedingungen eine Einigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiterausschuß nicht zustande, so kann von jedem Teile der Abkehrscheinanspruch, der auf Grund des § 9 des Hilfsdienstgesetzes in der Regel für jeden Bezirk einer Ersatzkommission zu bilden ist, als Schlichtungsstelle angerufen werden. Gelingt diesem Ausschuss die Einigung der Parteien nicht, so hat er einen Schiedsspruch abzugeben, und zwar auch dann, wenn einer der beiden Teile nicht zur Verhandlung erscheint oder nicht verhandelt. Unterwirft sich der Arbeitgeber dem Schiedssprache nicht, so ist den beteiligten Arbeitern auf deren Verlangen der Abkehrschein zu erteilen. Unterwerfen sich die Arbeiter dem Schiedssprache nicht, so darf ihnen aus der dem Schiedssprache zugrunde liegenden Angelegenheit der Abkehrschein nicht erteilt werden.

Besteht in einem Betriebe des Hilfsdienstes, wo Zimmerer beschäftigt werden, kein Arbeiterausschuß, so können sie sich mit ihrem Anliegen direkt an den vorbeschriebenen Abkehrscheinanspruch wenden, der die Sache wie vorbeschrieben erledigt. So können Beschwerden auch angebracht und erledigt werden, wenn die Zimmerer auf einem Kriegsbau als Gruppe bei dem Arbeiterausschuß mit ihrem Anliegen nicht die erforderliche Beachtung finden oder zu Unrecht von ihm abgewiesen werden.

Allein in der vorbeschriebenen Weise werden Differenzen in Betrieben des vaterländischen Hilfsdienstes nur dann geschlichtet und entschieden, wenn nicht beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeiter, ein Gewerbegericht, ein Einigungsamt einer Innung usw. als Einigungsamt anrufen. Insbesondere liegt es nicht im Sinne des Hilfsdienstgesetzes, daß die in Tarifverträgen vorgesehenen Einigungs- und Schlichtungsstellen übergangen werden. Und nach einer Bekanntmachung des Kriegsamtes (abgedruckt im „Zimmerer“ Nr. 5 dieses Jahres, Seite 20) hat das Baugewerbe dem Kriegsamte empfohlen, daß bei Streitigkeiten zunächst die örtlichen Schlichtungskommissionen und die örtlichen Tarifämter für das Baugewerbe als Schlichtungsstellen eintreten sollen. Erst wenn ausnahmsweise bei diesen Stellen keine Einigung erzielt werden sollte, haben die behördlichen Ausschüsse im Bezirke der Ersatzkommissionen in Tätigkeit zu treten. Und das Kriegsamte bemerkt dazu: „Nach dem Wortlaut des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst bestehen Bedenken hiergegen nicht.“

In der Praxis hat diese Empfehlung aber keine Bedeutung erlangt. Die Kriegsbauten bringen Verhältnisse mit sich, die in den Tarifverträgen für das Baugewerbe keine Regelung finden; deshalb können auch etwaige Differenzen von den Vertragsinstitutionen nicht entschieden werden. Man ist bald dazu übergegangen, für möglichst jeden Kriegsbau einen besonderen Tarifvertrag abzuschließen. Aus dem Jahre 1916 sind 40 solcher Tarifverträge bekanntgeworden (siehe „Zimmerer“ Nr. 31 dieses Jahres); im laufenden Jahre dürfte noch eine Anzahl hinzugekommen sein. Diese Tarifverträge schalten zumeist die in den allgemeinen Tarifverträgen vorgesehenen Einigungs- und Schlichtungsstellen aus und setzen dafür besondere ein. Der merkwürdigste dieser Verträge ist vom Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes, Herrn Behrends, Hannover, selbst abgeschlossen. Ueber die Behandlung von Streitigkeiten wird darin bestimmt: „Zur Ueberwachung des Vertrages und zur Schlichtung von örtlichen Streitigkeiten aus dem Vertrage wird eine Schlichtungskommission gebildet, die aus zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern besteht. Den Vorsitz führt als Unparteiischer Herr Amtsgerichtsrat Dr. Knefe in Walsrode beziehungsweise dessen Amtsnachfolger. Die Schlichtungskommission entscheidet endgültig.“ Im übrigen herrscht in diesen Tarifverträgen betreffs Schlichtung von Differenzen große Mannigfaltigkeit. Immerhin, wo solche besonderen Tarifverträge bestehen, sind ihre Bestimmungen für die Schlichtung und Entscheidung von Differenzen maßgebend. So wollen es das Hilfsdienstgesetz und seine offiziellen Erläuterungen.

In unserer Nummer 32/33 konnten wir auf die Mitteilung der Tagespresse verweisen, wonach die zuständigen Behörden mit einer Umarbeitung von Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes beschäftigt, wobei auch mancherlei Ergänzungen des Gesetzes in Aussicht genommen seien. Natürlich wurden dahinter Unternehmerkreise als die treibende Kraft vermutet. Das ist inzwischen auch bestätigt. In Düsseldorf hat sich eine Konferenz von Industriellen mit der Abänderung des Hilfsdienstgesetzes beschäftigt, deren Einberufer Herr Duisberg-Verehufen war. Dieser teilte nun der Presse mit, die Konferenz habe nur den Vorschlag gemacht, die in § 9 des Hilfsdienstgesetzes enthaltene Beschränkung der Freizügigkeit ohne irgendwelche weitere Gesetzesänderung aufzuheben, um damit die einseitige Belastung der Arbeitnehmer und die Zank und Streit hervorriefende Verweigerung der Abkehrscheine mit ihrer Berufung an die Schiedsgerichte zu beseitigen.

Diese Mitteilung ist so „arbeiterfreundlich“ gehalten, daß sie geradezu den Zweifel herausfordert, ob sie zur Klärung oder zur Täuschung über das Ziel der Aenderung des Hilfsdienstgesetzes niedergeschrieben ist.

## Das Ziel der „Schweren“.

Gewerkschafter, habt acht! Das innerpolitische Durcheinander, das sich seit Monaten in bemerkbar verschärfendem Maße zeigt, wird in wichtigen Einzelzügen dem nicht verständlich, der nicht das letzte Ziel der Bestrebungen jener Kreise erfasst hat, die zwar von verschiedenen Seiten und mit verschiedenen Mitteln, aber mit starrer Beharrlichkeit ihren Zweck verfolgen und — verschleiern. Laut dürfen sie nicht sagen, was ihrer Wünsche Schlupfwinkel bildet; denn sonst würden sie sich einer Mauer gegenübersehen, die zu durchbrechen auch ihre gewaltige Macht nicht ausreicht. Sie beteuern deshalb unermüdet, daß alles, was sie tun und erstreben, nur das „Wohl des Vaterlandes“ sei, und daß lauterster „Patriotismus“ die alleinige Triebfeder ihres Handelns bilde. Man kennt das.

Eine gewisse Interessengemeinschaft hat die Schwerindustrie schon seit geraumer Zeit in engere Fühlung mit dem Agrarierum gebracht. Rängig ist die Zeit verstrichen, in der die Großindustriellen ihren Vorteil darin erblickten,

den Landarbeiter von seiner Scholle zu lösen und ihm die Möglichkeit zu verschaffen, das agrarische Joch mit dem industriellen zu vertauschen. Der Nachzug des Industrieproletariats reicht zur Befriedigung des Bedarfs an Arbeitskräften für die Güten-, Schacht- und Schlotbarone aus. An die Stelle des Gegensatzes zum Landjunkertum ist das gemeinsame Interesse getreten, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Regelung der Arbeitsverhältnisse nicht noch weiter anwachsen zu lassen. Das zu verhindern ist ihr Ziel. Schwerindustrielle und Agrarier sehen und fühlen voraus, daß der Krieg eine Volkstimmung erzeugt hat, die zwar erst zum Ausdruck gelangen kann, wenn der Frieden geschlossen sein wird; die aber dann mit einer Kraft herauszubrechen droht, die unübersteigbar ist, wenn nicht rechtzeitig starke Wälle aufgetürmt werden. Es ist das Verlangen nach Demokratisierung nicht nur der politischen Einrichtungen, sondern auch der gewerblichen und ländlichen Arbeitsverhältnisse, was die „Schweren“ in Verbindung mit den Agrariern fürchten. Hoffentlich mit Recht fürchten! Wenn Herr v. Heydebrand in Stadt und Land gegen den Scheidemannfrieden eifert, oder wenn die Groß- und Schwerindustrie im trauten Konventikel die Aufhebung des § 9 vom Hilfsdienstgesetz und damit die Freizügigkeit des Arbeiters fordert, so scheint es zwar, als ob beides ganz verschiedene Dinge seien, die miteinander in keinerlei Verbindung ständen, in Wirklichkeit jedoch ist beides auf dasselbe Ziel gerichtet: die Möglichkeit zu unterbinden, den Arbeiter zu größerem Einfluß gelangen zu lassen.

Nicht allzulange ist es her, daß die „Deutsche Tagesztg.“ als führendes Agrarorgan mit der „Rhein.-Westf. Ztg.“ als dem Sprachrohr der Groß- und Schwerindustrie keinen guten Faden spannen. Das ist gründlich anders geworden. Die eine zittert jetzt zustimmend die andere, und die andere druckt beifällig ab, was die eine geschrieben hat. Finden sich gemeinsame Interessen ein, so werden auch älteste Feindschaften überbrückt, und nebensächliche Verschiedenheiten werden leicht vergessen. Die Freundschaft dauert so lange, wie die Erreichung des Gemeinsamen es nötig macht. Schwerindustrie und Agrarierum besitzen zurzeit ein wichtiges gemeinsames Interesse, und deshalb federn sie Schulter an Schulter gegen alles, was zur Demokratisierung Deutschlands führen könnte.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages hatte Scheidemann den „Schweren“ Geheimrat Duisberg aus Lebenslüssen als Urheber des Rücktritts des Generals Groener von der Leitung des Kriegsamtes bezeichnet. Duisberg hat das öffentlich bestritten und erklärt, er habe vielmehr den General Groener stets hochgeschätzt. Das war keine Widerlegung. Man kann jemanden persönlich hochschätzen und trotzdem ihn stürzen, wenn er einem in die Quere kommt. Als Gemütsmenschen haben sich bisher weder die „Schweren“ noch die Junker ausgezeichnet. Und die Anlässe, aus denen die treibende Mitwirkung Duisbergs am Sturze Groeners gefolgert wurde, waren so stichhaltig, daß auch Duisberg sie als richtig anerkennen mußte. In der Hauptsache erstrebten die Schwerindustriellen die Aufhebung der im § 9 des Hilfsdienstgesetzes vorgesehenen Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter. Mühten die Arbeiter nicht in Mithing verfallen über die selbstlose Vertretung ihrer Interessen durch das Industriekapital? Ach, man kennt die Spiegelberger! Die Wohlthat, die sie scheinbar für die Arbeiter fördern, möchten sie sich selbst erweisen. Ihnen sind die Schiedsgerichte, in denen auch Arbeiter sitzen und vor denen die Unternehmer bei Streitfragen erscheinen müssen — eine Bestimmung, die auf Drängen der sozialdemokratischen Fraktion von Groener mit ins Hilfsdienstgesetz aufgenommen wurde — ein schwerer Dorn. Nicht um die Freizügigkeit handelt es sich für die Herren, sondern um Ausschaltung der Schiedsgerichte. Letztere sind bekanntlich befügt, von den Arbeitgebern, seien sie industriell oder agrarisch, Auskunft über die Arbeitsverhältnisse und Löhne zu verlangen. Dieses Eindringen in die heiligsten „Privatangelegenheiten“ machte schon bei der Verabschiedung des Gesetzes im Reichstage die Rechte und die nationalliberalen



„Schweren“ zu seinen Gegnern. In der Praxis hat ihnen die Wirksamkeit der Schiedsgerichte soviel Verdrießlichkeiten bereitet, daß sie den verhassten Schiedsprüchen entgegen müßten; zumal sie nicht ohne Grund befürchten, daß die Bestimmung nach dem Kriege auch für die Gewerbetreibenden obligatorisch wird.

Daß nicht die Erlangung der Freizügigkeit für die Arbeiter das Ziel der „Schweren“ ist, geht schon daraus hervor, daß die Herren ohne jede Aenderung des Gesetzes diese Freizügigkeit im vollsten Umfange sofort selbst herstellen könnten, wenn sie nur wollten. Sie brauchen nämlich nur keinem Arbeiter den Abkehrschein zu verweigern. Sie sind bei weitem nicht so beschränkt, daß sie das nicht wissen. Die „Schweren“ und die Agrarier als Vorkämpfer für die Freizügigkeit der Arbeiter! Das Bildnis ist wirklich bezaubernd schön. Die Agrarier, die nichts von Aufhebung der Gesundheitsordnung wissen wollen, und die Industriellen, deren „schwarze Listen“ schon vor dem Kriege ein Skandal waren, der zum Himmel stank. Im Hintergrunde mag ihnen die Hoffnung grünen, mit Wegfall des § 9 werde das ganze Hilfsdienstgesetz zerbrechen, und es werde dann ein Rechtszustand eintreten, der ihnen von vornherein als Ideal vorgezeichnet hat, nämlich die Militarisierung der gesamten Kriegsbetriebe mit Ausdehnung der Arbeitspflicht bis zum sechzigsten Lebensjahre. Dieser Plan war es bekanntlich, der zunächst aufgetaucht war, und dem sich General Groener entschieden widersetzt hat. Wer weiß, ob Groener durchgedrungen wäre, wenn nicht die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit ihn dabei aufkräftigste unterstützt und das Zentrum durch seine Arbeitervertreter für ihre Stellungnahme mit gewonnen hätte.

Alles verhindern, was zur Demokratisierung im Reiche und den Einzelstaaten führt! Das ist das Ziel aller, die um den Bestand ihrer Vorrechtsstellungen zittern. Die „Deutsche Tageszeitung“ leistet sich jeden Tag einen Artikel in dieser Richtung. Jetzt nennt sie uns sogar „Verfassungsfürmer“, weil wir die Parlamentarisierung der Reichsgeschäfte fordern. Das parlamentarische System, schreibt sie, sei ein „abgegangenes Ideal aus der revolutionären Geschichtsepoch“. Wer es verlange, der wolle „unser politisches Leben in schlechthin niedrigere, durch die neuzeitliche Entwicklung längst überholte Verfassungsformen zurückwerfen“. Das „monarchische Regiment über den Parteien“ sei „aus den verschiedensten Formen für Deutschland die natürliche und gegebene Staatsform“ und müsse es bleiben. Als Verfassungstürmer arbeiten wir „unsern Feinden direkt in die Hände“.

So beschwören die Reaktionäre Tag für Tag die Regierung, nicht dem Drängen der Zeit zu folgen. Die Arbeiter werden alle Kräfte anstrengen müssen, den Widerstand zu überwinden. Den Gewerkschaften fällt bei dem Kampfe um die Zukunft der Arbeiter eine schöne und schwere Rolle zu. Sie werden ihr nur gerecht werden können, wenn sie in geschlossener Einigkeit nach innen und außen handeln. Diese Einigkeit zu wahren und zu fördern, ist jetzt mehr als je Lebensaufgabe jedes einzelnen Arbeiters.

### Die Löhne der Arbeiterschaft während des Krieges.

(Aus dem „Reichs-Arbeitsblatt“.)

Das Kaiserliche Statistische Amt hat, um die Veränderung der Lohnhöhe, ausgehend vom Friedensmonat März 1914, festzustellen, eine Erhebung durch Versendung von Fragebogen an die regelmäßig über die Lage des Arbeitsmarktes für das „Reichs-Arbeitsblatt“ berichtenden Unternehmungen veranstaltet, die auf die Entwicklung der Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes der erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter verschiedenster Industriezweige einen Überblick gewähren soll. Erfragt wurde unter anderem die Zahl der Arbeitertagewerke der erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter und die ihnen gezahlte Lohnsumme in den beiden letzten vollen Wochen der Monate März und September 1914, 1915 und 1916. Es liegen 360 brauchbar beantwortete Fragebogen vor, die sich auf 13 Gewerbegruppen verteilen. Die Bearbeitung ist noch nicht abgeschlossen, doch können im folgenden einige Hauptergebnisse mitgeteilt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Ergebnisse nicht ohne weiteres als typisch angesehen werden können, einmal wegen des geringen Umfangs der Stichprobenerhebung, sodann, weil in der Kriegswirtschaft selbst begründete Mängel vorliegen, die jede Lohnstatistik beeinträchtigen müssen.

Bei fast sämtlichen Gewerbegruppen und Untergruppen ergibt sich für September 1914 ein Rückgang der Löhne, von diesem Zeitpunkt an eine dauernde Steigerung derselben. Die Uebersicht über die Lohnentwicklung der Gesamtheit der befragten Gewerbegruppen zeigt für die männlichen Arbeiter vom März auf September 1914 einen Rückgang von M 5,17 auf M 5,12. An den folgenden, vorgenannten Stichzeiten ist der männliche Durchschnittslohn ununterbrochen gestiegen bis auf M 7,55 im September 1916, gleich 146 vom Hundert des Lohnes vom März 1914. Am stärksten war die Zunahme vom September 1914 auf März 1915 (14,8 v. H.); vom März auf September 1915 betrug sie 11,4 v. H., im folgenden Zeitraume 6,7 v. H.; vom März bis September 1916 stieg sie wieder um 7,8 v. H. Die Gesamtsteigerung betrug 46 v. H.

Etwas anders ist die Entwicklung des weiblichen Durchschnittslohnes verlaufen. Seine verhältnismäßige Steigerung während des ganzen Erhebungszeitraumes war größer als die des männlichen Durchschnittslohnes, sie betrug nämlich 54,1 v. H. Im September 1914 fand zunächst ein Rückgang gegenüber den für März ermittelten

Löhnen statt, und zwar von M 2,29 auf M 1,94, gleich 15,3 v. H. Danach stiegen die Löhne ununterbrochen bis auf M 3,53 im September 1916; doch vollzog sich hier die größte Steigerung nicht im ersten Kriegswinter, wo sie 16,5 v. H. betrug, sondern vom September 1915 zum März 1916 mit 18,3 v. H.; vom März bis September 1916 betrug sie wieder 16,5 v. H.

Seitdem über die Entwicklung der Löhne in einzelnen Industrien ein Ergebnis festgestellt werden konnte, ergab sich folgendes Bild: In der Maschinenindustrie stieg der Durchschnittslohn für das männliche Arbeitertagewerk von M 5,33 auf M 7,89, das heißt um 48 v. H. Der Lohn der weiblichen Arbeiter ist während des Krieges hier von M 2,28 auf M 3,88 oder um 70,2 v. H. gestiegen. In der elektrischen Industrie findet sich die stärkste verhältnismäßige Zunahme des männlichen Durchschnittslohnes, der von M 4,52 im März 1914 auf M 7,44 im September 1916, das heißt um 64,6 v. H. stieg. Der weibliche Durchschnittslohn nahm von M 2,75 auf M 4,80, das heißt um 74,5 v. H. zu. In der Eisen- und Metallindustrie stieg der Durchschnittslohn der Männer von M 5,55 im März 1914 auf M 8,02 im September 1916, das heißt um 44,5 v. H. Die Zunahme der weiblichen Arbeitsverdienste war viel bedeutender; sie betrug 99,5 v. H.; denn der Lohn stieg von M 2,06 auf M 4,11. In der chemischen Industrie weist der Durchschnittslohn der Männer, der im März 1914 M 5,14, im September 1916 M 6,90 betragen hatte, eine Steigerung von 34,2 v. H. auf. Der Durchschnittslohn für das weibliche Arbeitertagewerk hatte hier eine Steigerung von M 2,36 auf M 3,55, das heißt um 50,4 v. H. erfahren. In den der Papierindustrie angehörenden Werken, die bearbeitet wurden, stieg der Lohn für die männlichen Arbeiter von M 3,94 auf M 5,54, das heißt auf 140,6 v. H. des im März verdienten Lohnes, der für die weiblichen von M 2,29 auf M 2,94 oder auf 127,5 v. H. des Anfangslohnes. In der Gewerbegruppe Holz- und Schnitzstoffe fand eine Steigerung des männlichen Durchschnittslohnes bei den befragten Werken von M 4,22 auf M 5,61, das heißt um 32,9 v. H., und eine solche des weiblichen Durchschnittslohnes von M 1,99 auf M 2,59, das heißt um 30,2 v. H. statt.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat der Durchschnittslohn für die männlichen Arbeiter im September 1916 im Verhältnis zum März 1914 eine Gesamtzunahme von M 5,70 auf M 6,17, also um 8,2 v. H. erfahren. Der Durchschnittslohn für das weibliche Arbeitertagewerk stieg von M 2,10 auf M 2,89. In der Leder- und Gummiindustrie stieg der Lohn für männliche Arbeiter von M 5,04 auf M 6,28, das heißt auf 124,6 v. H. des Anfangsbetrages, der Lohn für weibliche Arbeiter von M 2,80 auf M 3,18 oder auf 113,6 v. H. In der Industrie der Steine und Erden stieg der Durchschnittslohn für das männliche Arbeitertagewerk von M 4,45 auf M 5,40, das heißt um 21,3 v. H., für das weibliche Arbeitertagewerk von M 1,67 auf M 2,19, das heißt um 31,1 v. H.

Eine Steigerung der Löhne wurde ferner im Baugewerbe, im Viehhaltungsgewerbe, eine geringe auch im Spinnstoffgewerbe, keine solche im Bekleidungs- und sonstigen Gewerbe war allerdings gering. Im Spinnstoffgewerbe zeigt sich außerdem innerhalb der einzelnen Zweige des Gewerbes eine sehr verschiedene Entwicklung.

Würde hierzu festgestellt, welche Steigerung die Lebenskosten während der Dauer des Krieges erfahren haben — ganz abgesehen von den gewaltigen Beschränkungen, die sich jeder Arbeiter aufzuerlegen hat —, dann würde sich ergeben, wie unzulänglich die Löhne sind.

### Die Volksfürsorge während der drei Kriegsjahre.

Von Karl Hildenbrand, Hamburg.

Das große Werk der Zusammenarbeit deutscher Gewerkschaften und Genossenschaften zur Ausgestaltung der sozialen Selbsthilfe der deutschen Arbeiterklasse, die Volksversicherungs-Aktiengesellschaft Volksfürsorge, kann mit Zuversicht auf eine weitere günstige Entwicklung in das vierte Kriegsjahr eintreten.

Da diese Gesellschaft erst am 1. Juli 1913 ins Leben getreten war, konnte man bei Ausbruch des Krieges die Befürchtung haben, daß nicht nur die Organisation gestört, sondern der Bestand der ganzen Gesellschaft gefährdet werden würde. Glücklicherweise haben sich diese Befürchtungen als unberechtigt erwiesen, da der Gesellschaft nicht nur das Vertrauen der Versicherten erhalten blieb, sondern nach kurzer Zeit eine erfreuliche weitere Entwicklung eintrat. Daß das Bestreben, die Volksversicherung durch gemeinnützigen Betrieb von den vielbeklagten Nachteilen des Privatbetriebes zu befreien, berechtigt war und infolgedessen sehr starke Unterstützung fand, zeigt am deutlichsten der rasche Aufstieg der Volksfürsorge alsbald nach ihrer Gründung. Am Schlusse des Jahres 1913, also nach knapp halbjährigem Geschäftsbetriebe, betrug der Versicherungsbestand 70 125 Policen mit einer Versicherungssumme von M 12 912 968. Bis zum Kriegsausbruche, 1. August 1914, gingen neu ein an Versicherungsanträgen 93 561 mit einer Versicherungssumme von M 18 617 218,50. Der Versicherungsbestand Ende Juli 1914 betrug schon 163 686 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von M 31 531 186.

Für eine Gesellschaft, die ihre ganze Innen- und Außenorganisation neu aufbauen und in Tätigkeit setzen mußte, die ihre ganze Werbe- und Verwaltungsarbeit aufzubauen hatte auf der freiwilligen und uneigennütigen Mitarbeit der im Versicherungsbetriebe noch vollständig uneingeweihten Funktionäre der Gewerkschaften und Genossenschaften, ist dieses Resultat ein außerordentlich günstiges, und waren die Hoffnungen wohl berechtigt, daß bei ungehörtem Fortgang der Arbeit die Volksfürsorge in kurzer Zeit ebenbürtig neben den größten deutschen Versicherungsgesellschaften ihre gemeinnützige Arbeit werde verrichten können. Diese Hoffnungen wurden am 1. August 1914 durch den Ausbruch des Krieges jäh zerstört. Zahlreiche Mitarbeiter und Angestellte in den Rechnungsstellen und im Hauptbureau haben sofort bei der Mobilmachung ihre Arbeitsstelle zu verlassen. Das geschah in manchen Orten mit einer solchen Plötzlichkeit, daß einfach alles liegen und

stehen blieb und mühevolle Arbeit notwendig war, die Ordnung in der Organisation und dem Kassensysteme wieder herzustellen. Die Angehörigen zahlreicher Einberufener waren im Augenblick vor vollständig ungewisse Erwerbs- und Einkommensverhältnisse gestellt. Sie glaubten, ihre eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen zu können, stellten alle Zahlungen ein ohne Rücksicht darauf, daß sie dadurch ihrer erworbenen Rechte verlustig gingen.

Der Vorstand der Volksfürsorge war klug genug, dieser Situation gegenüber nüchtern und entschlossen die Rechte der Versicherten ins Auge zu fassen und vor jeder Ueberstürzung zu warnen. Er traf alsbald Maßnahmen, die es allen Versicherten leicht ermöglichten, ihre Versicherungen aufrechtzuerhalten und, wo sie bereits durch Einstellen der Prämienzahlung aufgegeben oder in Sparversicherungen umgewandelt waren, in der alten Höhe wieder in Kraft treten zu lassen. Diese Bemühungen hatten nach kurzer Zeit auch Erfolg; es werden bei der Volksfürsorge Schädigungen der Versicherten in erheblichem Maße nicht eintreten können.

Die mit dem Kriege verbundenen Störungen der Organisation durch militärische Einberufungen zahlreicher Rechnungsführer und Vertrauensmänner brachten naturgemäß eine Stockung der Verarbeitung und des Neugeschäfts. Vom 1. August bis 31. Dezember 1914 konnten nur noch 4152 Versicherungsanträge eingebracht werden. Der gesamte Zugang im Jahre 1914 betrug 124 805 Versicherungen mit M 20 804 125 Versicherungssumme, und trotz des durch den Ausbruch des Krieges eingetretenen erheblichen Abganges schloß das Jahr 1914 mit 163 469 Versicherungen auf M 25 615 271 Versicherungssumme ab, ein Resultat, das bislang wohl keine Gesellschaft in Deutschland nach einem einhalbjährigen Bestand, und dazu noch während eines solchen Krieges, zu verzeichnen hatte.

Auch im folgenden Jahre 1915 gingen die Einberufungen von Mitarbeitern der Volksfürsorge nicht zurück. In manchen Rechnungsstellen wechselten die Rechnungsführer dreimal und mehr. Der Erfolg wurde immer schwieriger; an manchen Orten ist es nur durch das opferbereite Eintreten zahlreicher Frauen möglich gewesen, das außerordentlich wichtige Eintreten der Prämien aufrechtzuerhalten. Trotz aller dieser Schwierigkeiten stieg die Zahl der Neuanträge in diesem vollen Kriegsjahre auf 10 569 mit über zwei Millionen Mark Versicherungssumme. Der Bestand fest abgeschlossener Versicherungen betrug Ende 1915 171 312 Versicherungen mit M 24 473 929 Versicherungssumme. Im Kriegsjahre 1916 zeigte sich wieder ein Neuaufschwung. Der gesamte Zugang an Versicherungen stieg auf 26 952, so daß am Ende des Jahres 1916 ein Bestand an 191 736 fest abgeschlossener Versicherungen mit M 28 468 029 Versicherungssumme zu verzeichnen war. Die während der ganzen Kriegsdauer zu konstatierende Weiterentwicklung hat im Jahre 1917 noch eine weitere Steigerung erfahren. Bis zum 31. Juli dieses Jahres waren schon wieder 20 289 Anträge zur Bearbeitung gebracht worden, so daß die Volksfürsorge in diesem Jahre eine Antragsproduktion zu verzeichnen haben wird, um die sie von mancher alten Versicherungsgesellschaft beneidet werden wird. In der nunmehr abgelaufenen dreijährigen Kriegszeit sind schon im ganzen 58 504 Neuanträge mit M 12 587 174 Versicherungssumme eingebracht worden.

Der günstigen Entwicklung des Neugeschäfts entspricht auch die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft. Die Prämieinnahme, die im ersten halben Jahre (1. Juli bis Ende Dezember 1913) M 180 492,56 betrug, stieg im Jahre 1914 auf M 2 305 915,03 und im Jahre 1915 auf M 2 357 553,25. Die Zinsen, die im Jahre 1913 M 25 126 betragen, stiegen 1914 auf M 68 051,59, 1915 auf M 148 934,02 und 1916 auf M 221 888. Der Gewinn, der Ende 1913 M 66 066,22 betragen hatte, stieg 1914 auf M 171 947,04, 1915 auf M 148 815,79 und 1916 auf M 217 421,27.

Die Aktionäre der Volksfürsorge (Gewerkschaften und Genossenschaften) haben in den Jahren 1913, 1914 und 1915 auf die ihnen satzungsgemäß zuteilgehende Verzinsung von jährlich M 40 000 zugunsten der Versicherten verzichtet, und zwar im Jahre 1913 zugunsten der Gewinnreserve und in den Jahren 1914 und 1915 zugunsten des Kriegsreservefonds. Es war schon der Volksfürsorge möglich, trotz des Krieges die Reserven der Versicherten so erheblich zu stärken, daß jetzt der Gewinnreservefonds, aus dem die zur Auszahlung gelangenden Versicherungssummen erhöht werden, auf M 346 268,55 angewachsen ist. Der Kriegsreservefonds, der drei Monate nach Schluß des Krieges unter die Angehörigen der im Kriege gefallenen Versicherten zur Verteilung kommt, beträgt M 110 212,51. Der gesetzliche Reservefonds ist auf M 30 212,51 und der Fonds zur Bildung einer besonderen Reserve ebenfalls auf M 30 212,51 angewachsen. Aus diesem Ergebnis geht hervor, daß in allen Teilen des Reiches in der Arbeiterschaft der Wille besteht, diese ihre Versicherungsgesellschaft in einer Weise zu fördern, daß sie in wenigen Jahren imstande ist, die auf sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen. Mit großen Opfern an Arbeit wird der Organisationsapparat der Volksfürsorge so aufrecht erhalten werden, daß nach Abschluß des Krieges und nach der Rückkehr unserer Mitarbeiter alsbald ein neuer Aufschwung der Arbeit und damit auch des Erfolges in Aussicht genommen werden darf. Unsere Kämpfer an den Fronten, die uns durch ihre heldenhafte Tätigkeit die Möglichkeit geben, im Innern des Landes die Arbeit für die Volksfürsorge weiterzuführen, werden nach ihrer Rückkehr ihr Werk nicht nur erhalten, sondern weitergeführt vorfinden, und sie werden, dessen sind wir sicher, mit altem Eifer und treuer Gingabe sich dem Ausbau der Volksfürsorge widmen.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

#### Beitragsleistung.

Die Woche vom	9. Sept.	bis	15. Sept.	ist die	29. Beitragswoche
"	"	"	16. "	"	30. "
"	"	"	23. "	"	31. "
"	"	"	30. "	"	6. Okt.

**Der Zentralvorstand.**



Berichte aus den Zahlstellen.

Brieg. Am 1. September fand unsere Mitgliederversammlung statt, die gut und auch wieder einmal von den älteren Kollegen besucht war. Zum ersten Punkt wies der Gauleiter darauf hin, daß unser Tarif mit dem 31. März sein Ende erreichte. Die Mitglieder unseres Verbandes müßten dies zu würdigen wissen, und in den Zahlstellen müßte unter den uns noch nicht angeschlossenen Kameraden eine lebhaftere Agitation einsetzen, als es bisher geschehen sei. Hier am Orte sah es bei Beginn des Krieges unter unsern Kameraden besorgniserregend aus. Diese Wankelmütigkeit hat die lange Zeit des Krieges gebessert, was der Besuch der heutigen Versammlung beweist. Wenn bei den neuen Tarifberatungen das Erforderliche herausbringen soll, so muß ohne Unterlaß die Agitation betrieben werden. Denn gerade im Krieg hat es sich gezeigt, daß die Unternehmerr sehr im Zweifel waren, ob sie unsern Kameraden die zweite Kriegszulage zahlen sollten. Erst nach Eingreifen unserer Verbandsleitung ist die spätere Nachzahlung erfolgt. Zum zweiten Punkt gab der Gauleiter über die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes Aufklärung, da in letzter Zeit sehr viele Einberufungen erfolgt sind und es sich dabei gezeigt hat, daß die Mitglieder hierin längst nicht die erforderliche Ueberflucht besitzen. In zweifelhaften Fällen sollen sich auch die Brieger Mitglieder sofort an die Gauleitung um Rat wenden. In „Verbandsangelegenheiten“ wurde noch angeführt, daß ein Polier auf dem Flugplatz bei der Firma Brand vom Bauführer ersucht worden sei, alle diejenigen Kameraden, welche nach Ansicht des Poliers in der Arbeit zu träge seien, auf eine Liste zu schreiben; dies hat er getan, und unsere Kameraden sind daraufhin entlassen worden. Nachdem der Gauleiter noch auf diejenigen Kameraden hingewiesen hatte, welche zur Arbeit reklamiert sind und den Weg zu unserm Verbands nicht mehr finden, schloß der Kamerad Warzoch die gut verlaufene Versammlung.

Dresden. (25 Jahre Verbandszahlstelle.) Zu den im Jahre 1892 ins Leben gerufenen Verbandszahlstellen gehört auch Dresden. Es wäre damit der Anlaß zu einer Jubiläumfeier gegeben, jedoch die gegenwärtige Zeit ist zum Feiern nicht geeignet; es soll deshalb an dieser Stelle nur ein Rückblick auf die fünfundsiebenzigjährige Tätigkeit unserer Zahlstelle gegeben werden. In einer öffentlichen Zimmererversammlung am 3. Mai im kleinen Saale des „Trianon“ in Dresden, in der Kamerad August Bringmann, Hamburg, das Referat hielt, erfolgte die Gründung der Zahlstelle für Einzelzahler des Verbandes deutscher Zimmerleute für Dresden. Die wenigen, dem Fachverein treugebliebenen Mitglieder traten dem Verbands bei. Im ersten Jahre ihres Bestehens brachte es die Zahlstelle auf 223 Mitglieder. Gegenüber der Werbestärke des Fachvereins, der auf 22 Mitglieder zusammengeschrumpft war, mußte man das immerhin als großen Fortschritt bezeichnen. Im Verhältnis zur Zahl der damals in Dresden beschäftigten rund 1800 Zimmerer aber bedeutete das nicht viel. Die Entwicklung unserer Zahlstelle in den folgenden sieben Jahren war zwar eine stetige, aber bei weitem nicht befriedigende. Die erzielten Erfolge in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen waren dementsprechend gering, trotz guter Konjunktur. Es wurden zwar alljährlich 300 und mehr Neuzugänge gemacht, aber es handelte sich dabei fast nur um jüngere Leute, die, nachdem sie kurze Zeit Mitglied waren, zumeist bald nach andern Orten abreisten, wo bereits bessere Verhältnisse geschaffen waren als in Dresden. So kam alljährlich im Frühjahr und Sommer die Mitgliederzahl in die Höhe, ging aber regelmäßig im Herbst und Winter wieder weit zurück. Die Stammliste der Zimmermeister, die alljährlich nach der Winterpause wieder zu ihrem Unternehmern zurückkehrenden Gesellen, standen der Organisation zumeist feindlich gegenüber. Sie glaubten bei ihrem guten Meister auf Lebenszeit versorgt zu sein und duldeten keine Hecker und Aufwiegler unter sich. Wer es wagte, unter solchen Leuten zu agitieren, der war sehr bald draußen. So verhinderte die Mehrheit der Dresdener Zimmerer in ihrer Voreingenommenheit gegen die Organisation den Aufstieg zu besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Dresden blieb dadurch trotz der sehr günstigen Konjunktur wesentlich hinter allen andern Großstädten zurück. Unter Aufwand der größten Energie gelang es den wenigen agitatorisch tätigen Kameraden im Jahre 1895 einen Anfang zur zehnjährigen Arbeitszeit zu erringen. Durch umfangreiche Ausstellungsarbeiten begünstigt, gelang es dann im nächsten Jahre, mit der ersten Stunde endgültig aufzuräumen. Die Aufwärtsentwicklung der Löhne ging aber nur in mäßigem Tempo voran, bis um die Mitte des Jahres 1900 die Krise hereinbrach. Von da ab gingen Mitgliederzahl und Löhne in raschem Tempo bergab. Am Schlusse des ersten Quartals 1902 stand die Mitgliederzahl auf 287 und die Löhne auf 40 bis 44 s. Die Unternehmer konnten nur noch wenige ihrer alten Stammliste beschäftigen; die Lage der Zimmerer Dresdens war bei großer Arbeitslosigkeit und viel zu niedrigem Lohn eine recht bedauernde. Aber dieser Faktoren bedurfte es, um das Gros der Dresdener Zimmerer von ihrer Gleichgültigkeit, ja Feindseligkeit der Organisation gegenüber zu heilen. Einer äußerst rege betriebenen Platz- und Bautenagitation gelang es denn, nun das Vertrauen zum Verbands zu erringen. Das Jahr 1902 brachte uns bereits eine Steigerung der Mitgliederzahl von 287 auf 804. 1903 aber zeitigte eine Entwicklung, wie sie in der Zimmererbewegung in Deutschland ohne Beispiel sein dürfte. Es wurden in diesem Jahre aufgenommen beziehungsweise erneuert 2248 Mitglieder. Die Mitgliederzahl in der Zahlstelle erhöhte sich von 804 auf 2746. Bei diesem Zuwachs sind nur 34 Mitglieder inbegriffen, die bis dahin die Zahlstelle Pirna bildeten. Diese Mitglieder konnten natürlich nicht alle in Dresden genommen werden, denn hier waren zu dieser Zeit nur gegen 12 bis 1300 beschäftigt. Die Zahlstelle breitete sich im Fluge über ein ziemlich großes Gebiet aus und umfaßte beinahe die ganze Kreisshauptmannschaft Dresden. Mit der Mitgliederzahl stieg natürlich auch der Einfluß der Organisation ganz erheblich. Die Willkürherrschaft des Unternehmertums war mit einem Schläge überwunden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen konnten fast überall durch Tarifvertrag geregelt werden. Das ging aber nicht ohne Kämpfe, denn freiwillig gab fast kein Unternehmer die Alleinherrschaft in

seinem Betriebe auf. Aber der einmütige Wille der Zimmerer führte nach und nach fast überall zu dem Ergebnis, daß ihnen das Mitrederecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeräumt werden mußte. Im Winter 1903/04 wurde unter den Mitgliedern eine Abstimmung wegen Abschaffung der Affordarbeit vorgenommen. Es stimmten 2226 mit Ja, wohingegen nur 38 mit Nein stimmten. Dieses Resultat wurde in einer Versammlung am 22. März 1904 bekanntgegeben, worauf die Versammlung folgenden Beschluß einstimmig faßte: „Zum 23. März 1904 ab darf kein Afford mehr übernommen werden. Wer gegen diesen Beschluß verstößt, stellt sich außerhalb des Verbandes und hat die daraus folgenden Konsequenzen zu ziehen.“ Mit diesem Beschlusse hatte unsere Zahlstelle eine Kulturart ersten Ranges vollbracht; allerdings, nur wer die Zustände in Dresden von damals kennt, wird dies voll zu würdigen wissen. Die große Mehrheit der Dresdener Mitglieder macht heute noch sehr darüber, daß keine Durchbrechung dieses Beschlusses vorkommt. Wo es dennoch vorgekommen ist, geschah es durch Streikbrecher und diesen verwandten Seelen. Durch die nachstehende Tabelle sei die Entwicklung der Zahlstelle Dresden und Umgegend nach den verschiedenen Richtungen hin auf engem Raume veranschaulicht.

Table with 6 columns: Jahr, Mitglieder im Jahresdurchschnitt, Stundenlohn in Pfennigen, Arbeitszeit pro Tag, Wochenbeitrag in Pfennigen, Reservefondsbeitrag in Pfennigen. Rows from 1892 to 1917.

Zu den Mitgliederzahlen in Spalte 2 ist zu bemerken: In den Jahren 1895 bis 1899 entstanden um Dresden herum einige kleine Zahlstellen, deren Mitglieder zur Beurteilung der Erzeugnisse mit in Betracht kommen. Es traten ins Leben die Zahlstellen Lößnitz im Jahre 1896, Cotta und Loschwitz 1897, Plauenischer Grund 1898 und Leubnitz-Neuostra 1899. Diese Zahlstellen umfaßten zusammen an Mitgliedern:

Table with 5 columns: Im Jahre, 1896, 1897, 1898, 1899, 1900. Row: Hierzu die Mitglieder Dresdens.

Im Jahre 1899 verschmolzen sich die Zahlstellen Lößnitz, Cotta, Loschwitz und Plauenischer Grund mit Dresden, und es erfolgte die Anstellung des Vertrauensmannes. Die Anstellung wurde als notwendig erkannt, weil sich die Arbeiten des Vertrauensmannes nur noch schwer im Nebenamt bewältigen ließen und weil man erwartete, daß die Agitation durch eine vom Unternehmertum unabhängige Person erfolgreicher betrieben werden könnte als das bisher der Fall war. Leider brachte das nächste Jahr schon den Anfang einer schweren Krise für das Baugewerbe in Dresden und Umgegend und damit einen unvorhergesehenen Rückgang der Mitgliederzahl durch Abwanderung. Im Jahre 1900 schlossen sich auch die Mitglieder in Leubnitz-Neuostra der Zahlstelle Dresden an. Die Zahlstelle Pirna, die 1893 ins Leben getreten war, verschmolz sich mit Dresden, wie schon erwähnt, im Jahre 1903. Um der Ausdehnung der Zahlstelle gewisse Grenzen zu ziehen, wurden die dafür geeigneten Grenzbezirke zu selbständigen Zahlstellen gemacht. Das erschien unbedenklich, nachdem im Jahre 1905 Dresden der Sitz einer Gauleitung geworden war. Es zweigten sich deshalb ab: im Jahre 1906 Riesa mit 76, Großröhrsdorf-Pulsnitz mit 35, Königbrück mit 11 und im Jahre 1907 Rössen mit 17 Mitgliedern. Unter Berücksichtigung dieser Abgänge zeigt Spalte 2 obiger Tabelle ab 1902 eine weitere stetige Zunahme der Mitgliederzahl bis Kriegsausbruch. Von da ab müssen wir, um eine Uebersicht zu ermöglichen, die zum Heeresdienst abgemeldeten Mitglieder mit in Berücksichtigung ziehen. Dies waren am Schlusse des Jahres 1914 1296, 1915 2066 und 1916 2297. Bei der letzten Feststellung über den Mitgliederbestand am 25. August 1917, waren zum Militär eingezogen 2403, in Arbeit standen 1371 und krank waren 46 Mitglieder. Von den 2403 im Heeresdienst stehenden Kameraden sind leider 176 als gefallen beziehungsweise im Heere verstorben gemeldet. Die Zahl der Mitglieder am Schlusse des zweiten Quartals 1917 betrug 1407. Zu Spalte 5, Wochenbeitrag, sei bemerkt, daß in den Jahren 1892 bis 1902 zweierlei Beitragsleistung üblich war. Im Winterhalbjahr wurde ein geringerer Beitrag erhoben als im Sommerhalbjahr. Vom Jahre 1897 ab bis 1902 wurden alljährlich noch eine Anzahl Reservefondsbeiträge (siehe Spalte 6) beifolgt, die auch unter den Nichtmitgliedern soweit wie möglich abgesetzt wurden. Erhielten doch in dieser Zeit auch Unorganisierte bei Streiks Unterstützung aus dem Reservefonds. Auf diese Weise kam die Zahlstelle Dresden in den Besitz eines angemessenen Kampffonds, auf

dessen Fortbestehen immer Wert gelegt wurde. Die Entwicklung unserer Finanzverhältnisse veranschaulicht diese Tabelle:

Table with 6 columns: Jahr, Reine Jahreseinnahme, Jahresausgabe, In die Zentralkasse gelangt, Bestand des Lokalfonds am Jahreschlusse, pro Mitglied. Rows from 1901 to 1916.

Das Ergebnis dieser Entwicklung unserer Finanzen ist jedenfalls ein recht erfreuliches zu nennen. Wer von den Dresdener Zimmerern hätte wohl in den neunziger Jahren gehört, daß unsere Zahlstelle jemals in die Lage kommen würde, eine Jahreseinnahme von über M 244 000 aufzubringen und einen Kassenbestand von über M 150 000 ihr eigen zu nennen. Eine Uebersicht der wesentlichsten Ausgabenposten zeigt aber auch, was zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, zur Linderung der Arbeitslosennot sowie auch zur Besserung der Lage der Kriegsteilnehmerfamilien in unserer Zahlstelle und durch diese an Mitteln aufgewendet werden konnte. Der erste größere Streik wurde im Jahre 1898 geführt mit dem Ziele, den Stundenlohn auf 48 s zu erhöhen. Die Höchstzahl der Streikenden betrug 513, die der Streikstage 2130 1/2. Die Streikkosten, die in der Hauptkategorie dem Reservefonds entnommen wurden, betrugen M 4097,02. Der Erfolg war ein teilweiser. In den Jahren 1903 bis 1914 wurden insgesamt 253 Lohnkämpfe (Sperrn, Streiks und Ausperrungen) geführt. Daran waren 4415 Mitglieder mit 88 625 Streiktagen beteiligt. Die Streikkosten beliefen sich auf M 235 423,98, wovon M 192 265,33 aus der Zentralkasse und M 43 158,65 aus der Lokalkasse gedeckt wurden. Es betrugen die Leistungen:

Table with 3 columns: Zentralkasse, Lokalkasse, Summa. Rows for various support categories like Streikunterstützung, Arbeitslohnunterstützung, etc.

Nach der großen Aussperrung im Jahre 1910 rückte die Zahlstelle Dresden im Zentralsverbande an erste Stelle, sowohl an Mitgliederzahl wie auch an Lokalvermögen. Diese Position hat sich unsere Zahlstelle auch bis zurzeit erhalten. Bezüglich der Lohnhöhe ist allerdings infolge der zentralen Regelung seit 1908 eine Ueberflügelung anderer Zahlstellen nicht leicht mehr möglich. Es ist uns aber immerhin gelungen, die Differenz zwischen den Leipziger Löhnen, die 1902 11 bis 15 s betrug, bis auf 3 s zu verringern. Wir wollen hier die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß unsere ausgedehnte Zahlstelle auch in dieser schweren Zeit fast in allen Bezirken noch gut funktioniert. Wir verdanken das der anerkanntwertigen Mitwirkung der Frauen unserer einberufenen Kameraden. Selbst Töchter Einberufener und Wittven Gefallener und Verstorbenen befinden sich darunter. Am Jahreschlusse 1916 befanden sich 13 Bezirksführer- und 47 Kolporteurposten in Frauenhänden. Durch zeitweilige Entlassung mehrerer Kolporteurs sowie durch die Zusammenlegung verschiedener Kolporteurbezirke hat sich die Zahl der Kolporteurinnen auf 39 vermindert. Die aufopfernde Mitarbeit der Frauen im Dienste unserer Organisation gibt uns die Genießtheit, daß alle nach Kriegsende in die Heimat zurückkehrenden Kameraden wieder ihre volle Pflicht und Schuldbigkeit tun werden. Wir haben damit die Garantie, daß die Zahlstelle Dresden im gewohnten Tempo rüstig vorwärtschreiten wird. In diesem Geiste begrüßen wir trotz der gegenwärtig ungemein schweren Zeit das für unsere Zahlstelle angebrochene neue Vierteljahrhundert. Der Zahlstellenvorstand.

Sundsfeld. Am 3. September fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug M 127,50. An die Kriegerrfrauen wurde die Summe von M 153 ausgezahlt, so daß die Zahlstelle noch ein Guthaben von M 25,50 aufweist. Die Einnahmen der Lokalkasse betrugen M 44,40, hinzu kam noch der Bestand von M 295,52, so daß eine Gesamteinnahme von M 339,92 zu verzeichnen war. Dieser stand eine Ausgabe von M 23,52 gegenüber, so daß am Schlusse des zweiten Quartals ein Lokalkassenbestand von M 316,40 verbleibt. Zum Ablauf unseres Tarifvertrages am 31. März 1918 führte der Gauleiter aus, daß schon bei den früheren Verhandlungen von den Unparteiischen erklärt worden sei, Sundsfeld müsse zum Lohngebiet Breslau zählen, weil es nahe an Breslau gelegen; der noch fehlende Ausgleich sollte bei der Beratung eines neuen Tarifs vor sich gehen. Wenn die Kameraden dieses zu würdigen wissen, so muß Sorge getragen werden, daß die Organisation am Orte eine gute ist. Dahin mag nun jeder von uns in der Zeit, die uns noch zur Verfügung steht, wirken, damit wir unser Ziel endlich erreichen. Der Gauleiter berichtete noch, daß in letzter Zeit mehrere Einberufungen zum Hilfsdienst erfolgt seien; die Kameraden können sich von dieser Einberufung aber nur befreien, wenn sie in Betriebe hineingehen, welche wichtige Arbeiten für Heeresinteressen haben. Zum Abschluß wurde bemerkt, daß dieser zu erlangen ist, wenn ein Mehrverdienst nachgewiesen wird. Allerdings versuchen die Arbeitgeber in ihrem Verbands dahin zu wirken, daß nicht der Mehrverdienst, sondern die Arbeits-



bedingungen bei der früheren Arbeit entscheidend seien, wenn diese als befriedigend, gerecht und billig anzuprechen sind. Gegen eine derartige Auslegung müssen wir uns entschieden wenden. In „Verbandsangelegenheiten“ wurde erwähnt, daß bei der Firma Mager Leberstunden gearbeitet wurden, die mit keinem Zuschlag berechnet sind. Der Gauleiter wurde beauftragt, dieserhalb Beschwerde zu führen.

**Merseburg und Umgebung.** Am 6. September fand eine außerordentliche Versammlung statt, die sich mit folgender Tagesordnung beschäftigte: Die Entwicklung unserer Zahlstelle, und welche Einrichtung haben wir noch zu treffen? Bericht über die letzten Vorkommnisse und Verhandlungen auf dem Leinawerk; Sonstige Verbandsangelegenheiten. Über den ersten Punkt der Tagesordnung referierte der Geschäftsleiter, Kamerad Gramann. An der Hand statistischen Materials über den Werdegang der hiesigen Zahlstelle legte er dar, wie schwierig es gewesen, die bereits 1890 gegründete und wieder eingegangene, im Jahre 1898 wieder erstandene Zahlstelle zu halten. Erst von 1900 ab gewann sie festeren Boden, wenn sie auch zunächst ein bescheidenes Dasein führte; die Löhne stiegen demzufolge langsam. 1890 noch 27  $\%$ , betrug sie zehn Jahre später durchschnittlich 34  $\%$  pro Stunde. Erst bei dem Aufschwung des Baugewerbes in den Jahren 1905 bis 1910 wurde infolge tariflicher Verhandlungen der Lohn in die Höhe gedrückt von 38  $\%$  auf 46  $\%$ , und im gegenwärtigen Jahrzehnt bis zum März 1916 auf 53  $\%$ . Durch die Lohnaufbesserungen infolge zentraler Verhandlungen ist der Stundenlohn auf 78  $\%$  gestiegen, wofür aber nur wenige Zimmerer arbeiten, denn in der Umgegend wird ein weit höherer Lohn gezahlt. Die Arbeitszeit betrug im Jahre 1900 noch elf Stunden; 1905 kam sie auf zehneinhalb und später auf zehn Stunden. Die Mitgliederzahl schwankte zwischen 60 und 70 und weniger. Im ersten Kriegsjahr war sie auf fünf gesunken. Infolge Neubauten im hiesigen Bezirk hob sich die Zahlstelle wieder, so daß ihr zurzeit etwa 500 Mitglieder angehören. Trotzdem habe ein größerer Teil der Zimmerer noch nicht den Weg zur Organisation gefunden. Es kann nicht genug betont werden, daß vom Tage der Bernahmsaufnahme der Kamerad als freier Arbeiter gilt und seiner Gewerkschaft angehören kann und soll. Der Geschäftsleiter gab noch bekannt, daß bei vielen Kameraden, die andern Zahlstellen angehören, die Meinung vorherrsche, sie könnten sich hier nicht anschließen, weil sie sonst der Lokalrechte in der Heimatzahlstelle verlustig gingen. Nach einer vielseitigen Debatte darüber wurde ein Antrag angenommen, daß sich alle hier in Arbeit stehenden und noch ankommenden Verbandsmitglieder der Zahlstelle Merseburg anzuschließen haben. Demnach berichtete das Arbeiterausführungsmittel Kamerad Desselbarth. Das kürzlich stattgefundene Vorgehen habe die Ernährungs- und Lohnfrage wieder ins Rollen gebracht. Nach den Verhandlungen mit der Direktion des Leinawerkes sei ein merklicher Fortschritt gemacht, indem die Verpflegung (Zuteilung der Rationen) geordnet und der Wareneinkauf und -verkauf für die Arbeiter zur Zufriedenheit geregelt werden soll. Betreffend der zugewilligten Lohnserhöhung von 15  $\%$  pro Stunde sei man sich klar gewesen, daß die Direktion ohne unser Vorgehen keineswegs bereit gewesen wäre, etwas draufzuliegen. Ueber den vom Ausschuss geforderten weiteren Lohnzuschlag ist man von seiten der Direktion anscheinend ohne Bedenken hinweggegangen; nur den männlichen Arbeitern unter 18 Jahren und sämtlichen weiblichen Arbeitern habe man eine Lohnaufbesserung von 5  $\%$  zugesprochen. Mit dem Abschluß jenes Vorgehens sei man zwar etwas beruhigt worden; doch sollten die Umstände dazu drängen, so würden auch die Zimmerer auf ihrem Posten sein. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde auf die ausgegebenen Fragebogen und deren schnelle Ausfüllung hingewiesen, auch darauf, für Gewinnung von Mitgliedern auf den Arbeitsstellen zu agitieren. Bei dem großen Wechsel der Arbeitskräfte gäbe es immer zu tun. Gleichzeitig wurde schon jetzt auf die am Schlusse des Quartals beabsichtigte Bücherreinigung von sämtlichen Mitgliedern verwiesen, um eine genaue Kontrolle und Durchsicht der Stammtrolle vorzunehmen.

**Reichenstein i. Schl.** Am 4. September fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der Gauleiter führte aus: Wenn nicht der Verband in den letzten Jahren der Friedenszeit Sorge getragen hätte, daß Frankenstein mit in das Tarifgebiet hineingezogen wurde, so wären heute in Reichenstein die schlimmsten Klassenlöhne zu verzeichnen, ebenso wäre die Bezahlung der Leberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit, in das Belieben des Unternehmers gestellt. Was dieses heißen würde, können sich die Kameraden, die heute hier beschäftigt sind, leicht erklären. Wenn man weiter berücksichtigt, daß noch 30 bis 40 Arbeiterwohnhäuser errichtet werden sollen, so haben wir allen Grund, auf der Hut zu sein und am Ausbau der Organisation zu tun, was möglich ist, damit wir bei eventuellen neuen Tarifverhandlungen auch auf unsere Rechnung kommen. Ein großer Teil der hier beschäftigten Kameraden hat dieses auch eingesehen und sich dem Verbandsangehören angeschlossen. Ein weiterer Teil steht uns aber noch fern; noch schlimmer sieht es in dieser Hinsicht aber mit den zur Arbeit Bekleideten aus; da bleibt noch eine große Arbeit zu leisten übrig. Mag jeder seine Kraft in den Dienst der Organisation stellen, so wird in der Zukunft vieles möglich sein, was uns heute noch nicht erreichbar erscheint. Die anwesenden Kameraden versprachen, in diesem Sinne zu wirken. In „Verbandsangelegenheiten“ entspann sich eine Debatte darüber, daß am Orte die Unternehmer rein aus dem Häufel gekommen waren, als sich unsere Kameraden dem Zimmererverbände angeschlossen. Da mußte der Grund herhalten, daß unser Vertrauensmann, der schon sechs Jahre im Geschäft zur vollen Zufriedenheit gearbeitet hat, keinen Lehrling besitzt; ja, man verweigert sich so weit, ihm etliche Pfennige am Lohne zu kürzen. Alles dieses hat aber nicht vermocht, unsere gerechte Sache zu vernichten, und wenn wir uns heute die Dinge betrachten, so geht wieder alles seinen gewöhnlichen Gang. Es war nur die erste Sipe der Unternehmer, und diese hat sich gelegt; die Gleichberechtigung mußte, wie gesagt, erst erstritten werden. Hierauf erfolgte Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

**Stettin.** Am 2. September tagte unsere Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung vom zweiten Quartal 1917. Innere Verbandsangelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß der Krieg wieder ein Mitglied aus unserer Mitte gerissen, welches in der üblichen Weise geehrt wurde. Dann gab der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt, die von den Revisoren für richtig befunden und auf deren Antrag der Kassierer entlastet wurde. Ferner teilte der Kassierer mit, daß bis zum zweiten Quartal 14 und in den beiden ersten Monaten im dritten Quartal 19 Neuaufnahmen gemacht wurden und ersuchte die Anwesenden, in diesem Sinne weiterzuarbeiten. Kamerad Michaelis referierte über die Erledigung seines Auftrages von der Versammlung vom 17. Juni 1917, ein Schreiben an den Arbeitgeberbund zu richten, in dem gebeten wurde, statt des Trinkwassers Kaffee oder Kaffeersatz auf der Arbeitsstelle zu liefern. Auf dieses Schreiben hat der Arbeitgeberbund geantwortet, daß sie nicht in der Lage wären, Kaffee zu liefern, weil das gegen den Tarifvertrag verstöße. Dies wurde von der Versammlung mit Entrüstung aufgenommen. Redner bemerkte hierzu, daß auch nicht die kleinste Bagatelle von den Unternehmern bewilligt würde und wir alle Veranlassung hätten, jeden, auch den letzten Unorganisierten, dem Verbandsangehörigen zuzuführen. Ferner wurde die Ernährungsweise in scharfer Weise kritisiert. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Ernährung in Stettin schlecht sei; denn wenn man nicht mehr als das, was man auf Marken bekomme, erhalte, müsse man bald verhungern. Da aber die Lebensmittel, die marktfrei sind, sehr teuer zu haben sind und hierzu unser Lohn nicht ausreicht, beauftragte die Versammlung den Zentralvorstand, bei dem Arbeitgeberbund eine Lohnserhöhung zu erwirken. Ein Diskussionsredner bemerkte, daß noch Lebensmittel genügend vorhanden wären, und es nur an der Behörde liege, richtig einzuteilen, da noch alter Roggen vom vorigen Jahre jetzt erst zur Ablieferung käme, um die Dreschprämie zu bekommen. Wenn nötig, könnte er dieses beweisen. Auch wäre es wünschenswert, wenn in der Lebensmittelkommission wirkliche Arbeiter vertreten wären. Hierauf Schluß der schwachbesuchten Versammlung.

**Baugewerbliches.**

**Risiko der Bauarbeiter.** In den Farbenfabriken vormals Friedrich Bayer & Co. in Leverkusen, Bezirk Mülheim a. R., stürzte am 25. August der Zimmerer Johann Pfaffenbach aus Eberfeld im Alter von 41 Jahren beim Abbruch eines Schutzgebäudes aus der beträchtlichen Höhe von 22 m durch Schlitze ab. Der Tod trat auf der Stelle ein.

**Offene Stellen für Zimmerer.** Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 6. September entnehmen wir, daß von den örtlichen Arbeitsnachweisen folgender Orte Zimmerer gesucht werden: D. S. Preußen: Angerburg 30, Goldap 10, Königsberg 45, Wittballen 20, Staisgirren 19; P. o. m. e. r. n.: Bismarck 4; P. o. s. e. n.: Bromberg 4, Colmar 19, Pleschen 80, Samter 5; S. c. h. l. e. s. i. e. n.: Bries 8, Cosel 10, Rattowitz 40, Girschberg 8, Landeshut 5; B. r. a. n. d. e. n. b. u. r. g.: Berlin 25, Brandenburg 1, Driesen 2, Frankfurt 2, Guben 2; P. r. o. v. i. n. g. S. a. c. h. s. e. n. und A. n. h. a. l. t.: Bernburg 8, Dessau 10, Eisleben 25, Erfurt 5, Halle 50, Magdeburg 22, Neuhaldensleben 2, Oschersleben 2, Torgau 2; K. ö. n. i. g. r. e. i. c. h. S. a. c. h. s. e. n.: Dresden 2, Chemnitz 2, Pirna 5, Zittau 5; T. h. ü. r. i. n. g. e. n.: Altenburg 30, Apolda 15, Eisenach 4, Gera 10, Gotha 2, Greiz 1, Jena 70, Walkershausen 2, Zeulenroda 5; H. a. n. n. o. v. e. r.: Celle 5, Hannover 8, Harburg 15, Bienen 5, Lüneburg 17, Osnabrück 2; O. l. d. e. n. b. u. r. g.: Braze 8, Hohenkirchen 2, Nürtingen 19; B. r. e. m. e. n.: Bremerhaven 13; S. c. h. l. e. s. w. i. g. - H. o. l. s. t. e. i. n.: Altona 8, Ikehoe 5, Kiel 56, Neumünster 13, Lübeck 8, Rendsburg 1, Hamburg 2; H. e. s. s. e. n. G. e. s. s. e. n. - P. r. a. s. s. a. u.: Mainz 10, Offenbach 7; W. e. s. t. f. a. l. e. n.: Bochum 27, Dortmund 8, Hamm 17, Hohenlimburg 5, Vödenscheid 9; R. h. e. i. n. l. a. n. d.: Aachen 6, Köln 24, Duisburg 8, Essen 18, Mülheim 2, Remscheid 2, Saarbrücken 2, Wehlar 4; B. a. y. e. r. n.: Augsburg 4, München 30, Nürnberg 60; W. ü. r. t. t. e. m. b. e. r. g.: Eßlingen 3, Heidenheim 1, Stuttgart 25, Ulm 12; W. a. d. e. n.: Heidelberg 52, Konstanz 2, Lörrach 2, Mülheim 2; G. i. s. a. - R. o. t. h. r. i. n. g. e. n.: Weß 15. In 88 Orten werden demnach 1064 Zimmerer gesucht.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**25 Jahre Stukkateurenorganisation.** Am 17. August waren es 25 Jahre, daß in Stuttgart auf dem dritten Kongress der Stukkateure und Gipser der Deutsche Stukkateurenverband gegründet wurde. Die vorhergehenden Kongresse hatten sich für Lokalorganisation ausgesprochen; aber nachdem im März 1892 der erste Gewerkschaftskongress sich für die zentrale Verbandsform entschieden hatte, folgten auch die Stukkateure diesem Beschluß. Leider kam es auf dem Kongress zu einer Spaltung. Die Vertreter von Berlin, Dresden, Eberfeld-Barmen und Stuttgart beschloßen, obwohl sie in der Minderheit waren, an der Lokalorganisation festzuhalten, während die Vertreter der übrigen Städte zur Gründung des Zentralverbandes schritten, der seinen Sitz in Köln erhielt. Am 1. September 1892 trat der neue Verband ins Leben. Lange, erbitterte Kämpfe mußten in den ersten Jahren nicht nur gegen die Unternehmer geführt werden, sondern auch gegen die Lokalisten. Aber dennoch setzte sich der Verband durch. Mittlerweile hatte sich auch das Unternehmertum zusammengeschlossen und versuchte mit allen Mitteln, den Verband zu vernichten. In Köln, wo sich die Stukkateure bereits 1898 die achteinhalbstündige Arbeitszeit erkämpft hatten, kam es zur Aussperrung, die neun Wochen dauerte. Die folgenden Jahre brachten mit einer ständigen Steigerung des Mitgliederbestandes auch immer größere Kämpfe mit den Unternehmern des Baugewerbes. Das Jahr 1910 brachte die großen Kämpfe im Baugewerbe und damit stand auch

der Stukkateurenverband vor einer sehr schweren Aufgabe. Für fast dreiviertel aller Mitglieder liefen die Tarifverträge ab. Es gelang zwar, für einen Teil der Lohnbezirke Verträge abzuschließen, aber in allen Orten Südwestdeutschlands sowie im Rheinland und in Westfalen kam es zum Streik beziehungsweise zur Aussperrung. Rund 3600 Mitglieder standen fast ununterbrochen 19 volle Wochen im Kampf und annähernd 400 000 mußten in dieser Zeit an Streikunterstützung aufgebracht werden. Dieser Kampf endete mit Unterjüngung der übrigen Gewerkschaften Deutschlands mit einem vollen Erfolge für die Stukkateure. — Am 1. Januar 1912 vollzog der Verband den Anschluß an den Bauarbeiterverband mit einer Mitgliederzahl von 10 780 und einem Vermögen von M 231 535 in der Hauptkasse und M 111 067 in den Kassen der Filialen.

Den Aufgaben, die dem Verbands bei seiner Gründung gestellt wurden, ist derselbe in bester Weise gerecht geworden. Als am 1. Januar 1912 der Zusammenschluß erfolgte, waren 71,6 pZt. aller organisationsfähigen Stukkateure und Gipser, die man auf rund 15 000 schätzen konnte, in der Organisation vereint, und die Lage der Berufsangehörigen hatte sich sehr erheblich gebessert. Nicht nur daß für mehr als 30 pZt. der Berufsgenossen die Arbeitszeit auf acht bis achteinhalb Stunden täglich verkürzt worden war, sondern auch die Löhne waren gegen 1892 fast ausnahmslos um 150 pZt. und mehr erhöht worden. Die Gesamtlage der Arbeiter der Stuckbranche hatte sich wesentlich gebessert.

Der im Jahre 1892 bei der Gründung gewählte Vorsitzende Oberthal hatte während der ganzen Zeit die Leitung der Organisation in Händen und gehört heute dem Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes an, wo er die Interessen der Gipser und Stukkateure vertritt.

**Bekanntmachungen**

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse in Hamburg).**

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 181, 2. Et. Postcheckkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 8. August bis 2. September 1917 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Wiblingen M 55, Berlin V 400, Berlin VIII 500, Döberan 100, Freiburg 123,60, Groß-Seelheim 45, Heidelberg 50, Homberg 50, Königstein 50, Lauenburg 100, Röttha 14,24, Staßfurt 100, Steglitz 100, Swinemünde 59,50, Wandsbek 100, Weizensee 100, Wittenberg 40. Summa M 1987,34.

Vom 3. August bis 2. September erhielten Zuzufuß: Altona M 200, Altona 100, Braunschweig 100, Bremen 300, Bulach 230, Cannstatt 100, Cassel 100, Charlottenburg 800, Chemnitz 100, Darmstadt 80, Freiburg 150, Fürstentum 100, Gera 100, Groß-Fischachwitz I 100, Halle 100, Hamburg I 100, Hannover-Linden 100, Herne 90, Hildesheim 50, Hirschberg 150, Kaiserslautern 215, Karlsruhe 180, Lahr 60, Lehman 200, Loschwitz 100, Lübeck 100, Magburg 50, Marne 140, Mülhausen 300, München 400, Neu-Anspach 50, Neu-Brandenburg 50, Nowawes 350, Schamsted 250, Segeberg 150, Stargard 300, Stuttgart 200, Tegel 100, Tiffin 100, Thorn 100, Tüft 100, Wersbach 35, Watenstede 180, Wilmersdorf 200. Summa M 6510.

**Achtung, Kassierer!**

Das dritte Quartal muß am 30. September abgeschlossen werden; alle Einnahmen und Ausgaben, die nach diesem Zeitpunkt entstehen, müssen für das vierte Quartal gebucht werden. Etwa überflüssiges Geld ist vor dem 30. September an die Hauptkasse abzusenden; bei späterer Abwendung ist der abgegebene Betrag für das vierte Quartal zu buchen. Die Abrechnung muß vor dem 21. Oktober eingesandt werden. Der Vorstand.

**Versammlungsanzeiger.**

**Dienstag, den 18. September:**

Friedrichshagen: Bei Witwe Lerche, „Bürgeräle“. — Langensalza: Im Oberen Felsenkeller. — Mannheim: Im Gasthaus „Zur Bergstraße“, S 4, 8. — Spandau: Beim Kameraden Guitowsky, Bismarckstr. 6.

**Freitag, den 22. September:**

Codwitz: Abends 8 Uhr im Volkshaus.

**Anzeigen.**

[M. 8,60] **Nachruf.**  
Am 22. August starb nach langer schwerer Krankheit der fremde Zimmergenosse  
**Robert Beger**  
aus Dresden.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die fremden Zimmergenossen zu Leipzig.

**Sechs Zimmerleute mit Geschirr**  
werden sofort eingestellt. Kriegsbeschädigte für Plak- und Werkstatarbeiten können sich auch melden.  
**Gebr. Albrecht, Zimmereigenschaft,**  
[M. 2,40] **Stavenhagen i. Mecklb.**